



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 024-2022
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2022.RRGR.37

Eingereicht am: 07.03.2022

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Roulet Romy (Malleray, SP) (Sprecher/in)
Schindler (Bern, SP)
Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 10.03.2022

RRB-Nr.: vom
Direktion: Bildungs- und Kulturdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Prävention von Suizidrisiken bei Jugendlichen in der Schule mit einer an Lehrkräfte gerichteten Schulung

Suizid und suizidale Handlungen sind ein komplexes Problem mit unterschiedlichen Bedeutungen, die jedoch immer Ausdruck von Leid sind. Bei Fachleuten und Lehrkräften, die damit konfrontiert werden, lösen sie oft Fragen und Ängste aus. Sollen sie darüber sprechen? Sollen sie schweigen? Und wie können oder sollen sie mit Risikosituationen umgehen? Wie sie Hilfe leisten können und wo ihre Grenzen liegen, sind Themen, die mit einem Ausbildungsprojekt unterstützt werden müssen.

Die Ziele der Fortbildung bestehen darin, auf die Haltung von Lehrkräften gegenüber der Suizidproblematik einzuwirken und die Identifizierung und das Ansprechen der Problematik zu fördern, ein Modell zu verankern, das sich auf die Begegnung mit und die Beurteilung von Personen in suizidalen Krisen konzentriert, die Verwendung einer gemeinsamen Sprache zu fördern, die die Ausbildung und die Kommunikation erleichtert und gleichzeitig die Spezifität der klinischen Ansätze bewahrt.

Das Fachwissen der verschiedenen Ausbilderinnen und Ausbilder in den Bereichen Kinder, Jugendliche und Sucht soll es ermöglichen, besondere Aspekte im Zusammenhang mit der Suizidproblematik bei einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zur Sprache zu bringen und vor allem gemeinsame Erfahrungen und Interessen auszutauschen.

Das angestrebte Ausbildungsprojekt arbeitet mit Fachleuten für psychische Gesundheit und Lehrkräften zusammen. Es gibt weitere Programme in anderen Westschweizer Kantonen, mit denen der Kanton zusammenarbeiten kann.¹

¹ <https://preventionsuicide-romandie.ch/formation-faire-face-au-risque-suicidaire-ffrs/>

Diese Ausbildung könnte auch auf Sozialarbeiter/-innen, Erzieher/-innen, Krankenpfleger/-innen, Spitex-Mitarbeitende, Ärztinnen/Ärzte, Schulmediatoren/-innen, Polizistinnen/Polizisten, Fachkräfte und Freiwillige in Institutionen (Alters- und Pflegeheime, sozialmedizinische Zentren, Vereine, Strafvollzugsanstalten usw.) ausgeweitet werden.

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Welche Schulungsprojekte gibt es im Rahmen der Prävention für Lehrkräfte an Schulen, um der Suizidgefahr bei Jugendlichen zu begegnen?
2. Ist der Kanton der Ansicht, dass der Bedarf an Suizidprävention bei Jugendlichen und Heranwachsenden an den Schulen der Sekundarstufe I und II gedeckt ist? Und wie führt er die Evaluation durch, um dies sicherzustellen?
3. Welche Impulse oder finanziellen Mittel stellt der Kanton zur Unterstützung der Suizidprävention bereit und bei welchen Institutionen?
4. Gibt es diese Dienstleistung in beiden Sprachregionen des Kantons?
5. Eine Sensibilisierungskampagne zur Suizidprävention wäre auch in der Volksschule sehr nützlich und wichtig. Wie könnte ein solches Modul in den Schulen realisiert werden, damit auch die Schülerinnen und Schüler ausreichend für diese Thematik sensibilisiert werden?
6. Inwieweit könnte an den Schulen ein System geschaffen werden, das es Schülerinnen und Schülern ermöglicht, proaktiv (möglicherweise anonym) eine akute Suizidneigung bei einer Klassenkameradin oder einem Klassenkameraden zu melden, damit rechtzeitig Massnahmen ergriffen werden können, um das Suizidrisiko zu senken und Suizide bei Schülerinnen und Schülern zu verhindern?

Begründung der Dringlichkeit: Die Fälle von Selbstmordversuchen bei Jugendlichen und Heranwachsenden sind stark angestiegen. Es muss schnell mit Massnahmen reagiert werden.

Verteiler

– Grosser Rat